

## V-60 Für eine progressive Finanzpolitik, weg mit der Schuldenbremsen-Ideologie!

Antragsteller\*in: Vincent Lohmann (KV Krefeld)

Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

### Antragstext

- 1 Wenn Rechtsextreme und Faschisten erstarken, unsere Infrastruktur zerfällt und
- 2 die Klimakatastrophe langsam unsere Lebensgrundlagen zerstört, dann muss sich
- 3 dringend etwas grundsätzlich ändern.
- 4 Deshalb fordern wir als Bündnis 90/Die Grünen für den Erhalt der Demokratie, für
- 5 effektiven Klimaschutz und für eine gerechtere Gesellschaft:
- 6 Die Abschaffung der Schuldenbremse und ein Bekenntnis zu
- 7 einer progressiven Finanzpolitik.
- 8 Die Kreditaufnahme ist auch nach der Abschaffung der Schuldenbremse durch die
- 9 europäischen Schuldenregeln (Verträge von Maastricht) beschränkt. Perspektivisch
- 10 sollten diese reformiert werden, um eine progressive, europäische Finanzpolitik
- 11 zu ermöglichen.
- 12 Um den Herausforderungen unserer Zeit gerecht zu werden – sei es der Kampf gegen
- 13 den Klimawandel, der Erhalt der Demokratie oder die Sicherung sozialer
- 14 Gerechtigkeit – müssen wir die Ideologie der starren Sparpolitik und der
- 15 Schuldenbremse überwinden. Stattdessen muss der Staat die Möglichkeit dazu
- 16 haben, einen Haushalt aufzustellen, ohne dabei abhängig von Steuereinnahmen zu
- 17 sein. Die Schuldenbremse behindert jedoch genau diese Flexibilität und
- 18 verschärft dadurch viele Probleme.
- 19 Im Folgenden zeigen wir auf, warum die Schuldenbremse abgeschafft werden sollte
- 20 und wie eine progressive Finanzpolitik dazu beitragen kann, eine gerechtere und
- 21 nachhaltigere Gesellschaft zu erreichen:
- 22 1. Der Staat ist kein privater Haushalt
- 23 Die Annahme, ein Staatshaushalt hätte die gleiche Funktionsweise wie ein
- 24 privater Haushalt, ist ein Trugschluss, welchem wir uns bewusst entgegensetzen
- 25 müssen.
- 26 Denn wer Sparsamkeit des Staates verlangt, verlangt damit auch geringere
- 27 Einnahmen der privaten Haushalte und Unternehmen.
- 28 Zwischen den Ausgaben des Staates und den Einnahmen der Unternehmen und privaten
- 29 Haushalte besteht ein eindeutiger kausaler Zusammenhang.
- 30 Das führt dazu, dass unsere Wirtschaft von den Ausgaben und Investitionen des
- 31 Staates langfristig profitiert und damit auch die Attraktivität des
- 32 Produktionsstandortes Deutschland.
- 33 Die Kreditaufnahme oder auch Schulden sind deshalb nicht negativ zu bewerten,
- 34 sondern als Investition in unser Land und unsere Demokratie.

35 2. Der Staat als Schöpfer seiner eigenen Währung

36 Der deutsche Staat ist einer der Herausgeber des Euros und ist deshalb nicht auf  
37 Einnahmen angewiesen, um Ausgaben zu tätigen. Vielmehr muss Deutschland als  
38 Währungsgeber erst Geld ausgeben, um es dann wieder einnehmen zu können.  
39 Ein Kino kann auch erst Tickets „einnehmen“, wenn es sie vorher „ausgegeben“  
40 hat.

41 Die Schuldenbremse ignoriert diese Realität und zwingt den Staat dazu, wie ein  
42 privater Haushalt zu agieren. Das Ergebnis: Marode öffentliche Infrastruktur,  
43 geringes Wirtschaftswachstum, mangelnde Investitionen in Klimaschutz und  
44 Zukunftstechnologien und ein viel zu schwacher Sozialstaat.

45 3. Steuern zum Steuern, nicht zur Finanzierung von  
46 Staatsausgaben

47 Steuern haben deshalb nicht die Aufgabe, die Ausgaben des Staates zu  
48 finanzieren. Sie dienen dazu, die Nachfrage zu steuern und soziale Ungleichheit  
49 zu verringern. Außerdem können sie dem Staat auch dazu dienen, überschüssige  
50 Kaufkraft abzuschöpfen, um Inflation zu verhindern.

51 Durch die Fesseln der Schuldenbremse werden Steuern allerdings hauptsächlich als  
52 Mittel zur Finanzierung von Staatsausgaben gesehen. Die Abschaffung der  
53 Schuldenbremse würde deshalb ermöglichen, den Fokus stärker auf die realen  
54 Aufgaben der Steuerpolitik zu richten: Auf die Steuerung der  
55 gesamtwirtschaftlichen Nachfrage und die Förderung sozialer Gerechtigkeit,  
56 anstatt auf Haushaltskonsolidierung.

57 4. Reale Ressourcen sind die wahre Grenzen staatlicher  
58 Ausgaben

59 Die wahre Grenze staatlicher Ausgaben liegt nicht in der Höhe der  
60 Staatsverschuldung oder Schuldenquote, sondern in der Verfügbarkeit von realen  
61 Ressourcen wie Arbeitskräften, Rohstoffen und Produktionskapazitäten. Solange  
62 diese Ressourcen nicht genutzt werden, kann der Staat sie durch seine Ausgaben  
63 mobilisieren, ohne negative Konsequenzen wie Inflation befürchten zu müssen.

64 Die Schuldenbremse richtet sich jedoch nach abstrakten Verschuldungsgrenzen, die  
65 nichts über die reale Kapazität der Wirtschaft aussagen. Progressive  
66 Finanzpolitik hingegen würde es dem Staat ermöglichen, ungenutzte Ressourcen wie  
67 Arbeitslose und ungenutzte Produktionskapazitäten zu mobilisieren und so die  
68 Produktivität unserer Wirtschaft zu steigern.

69 5. Schutz vor Inflation durch gezielte finanzpolitische  
70 Maßnahmen

71 Die Schuldenbremse wird fälschlicherweise häufig mit dem Argument  
72 gerechtfertigt, sie schütze vor Inflation. Jedoch ist es bei Inflation wichtig  
73 zu unterscheiden, ob es sich um eine angebots- oder nachfrageseitige Inflation  
74 handelt, um passende Gegenmaßnahmen treffen zu können.

75 Eine angebotsseitige Inflation entsteht, wenn die Kosten der Unternehmen steigen  
76 und sie diese Kosten in Form von höheren Preisen an die Kunden weitergeben.  
77 Diese Form von Inflation haben wir alle erst vor Kurzem durch den Angriffskrieg  
78 Russlands auf die Ukraine erlebt, wodurch sich die Kosten für Erdöl und Erdgas  
79 schlagartig erhöhten. Diese Inflation wurde von der Ampelkoalition durch die  
80 Energiepreisbremse abgefedert, da diese die Energiepreise für den Grundverbrauch  
81 deckelte. Diese Energiepreisbremse konnte nur über Schulden finanziert werden,  
82 die durch das Aussetzen der Schuldenbremse möglich waren. Das Einhalten der  
83 Schuldenbremse hätte deshalb in diesem Fall zu einer deutlich stärkeren  
84 Inflation geführt.

85 Allerdings hätte die Inflation noch geringer ausfallen können, wenn die  
86 Regierung vor der Krise deutlich mehr in erneuerbare Energien investiert hätte,  
87 da dies die Abhängigkeit von Öl und Erdgas reduziert hätte.  
88 Weitgehende Investitionen in erneuerbare Energien waren jedoch auch wegen der  
89 Schuldenbremse nicht möglich.

90 Eine nachfrageseitige Inflation entsteht dann, wenn die gesamtwirtschaftliche  
91 Nachfrage die Produktionskapazitäten übersteigt. Dies kann zum Beispiel durch  
92 hohe Lohnsteigerungen entstehen. Dies kann eine Schuldenbremse jedoch auch nicht  
93 verhindern.

94 Statt also vergeblich die Ursache der Inflation in den Staatsschulden zu suchen,  
95 braucht es gezielte finanzpolitische Maßnahmen, welche die Ursachen der  
96 Inflation berücksichtigen.

## 97 6. Proaktives statt reaktionäres Handeln

98 Momentan ist der Staat in seinem Handeln darauf beschränkt, nach Krisen durch  
99 Aussetzen der Schuldenbremse die Folgen der Krise abzumildern. Allerdings ist in  
100 nahezu allen Fällen die Krisenprävention deutlich günstiger als die Reaktion auf  
101 diese.

102 Im Fall der Klimakatastrophe ist reaktionäres Handeln oftmals sogar gar nicht  
103 mehr möglich, da viele Folgen der Klimakatastrophe irreversibel sind. Hier  
104 benötigt es jetzt Milliardeninvestitionen in Klimaschutz, welche mit der  
105 Schuldenbremse nicht zu stemmen sind.

106 Je früher wir in Klimaschutz investieren, desto effektiver und günstiger ist  
107 dieser. Deshalb muss der Staat auch die Möglichkeit haben, sich präventiv gegen  
108 Krisen zu wappnen. Wenn der Staat jedoch durch die Fesseln der Schuldenbremse  
109 finanziell stark eingeschränkt ist, gibt es kaum Möglichkeiten für höhere  
110 Staatsausgaben, um die Prävention für zukünftige Krisen zu finanzieren.

## 111 7. Erreichen von nachhaltigem Wirtschaftswachstum, sozialer 112 Gerechtigkeit und Vollbeschäftigung

113 Um nachhaltiges Wirtschaftswachstum, soziale Gerechtigkeit und Vollbeschäftigung  
114 erreichen zu können, braucht es einen handlungsfähigen Staat, der nicht von den  
115 Fesseln der Schuldenbremse eingeschränkt wird.

116 Wirtschaftswachstum erfordert vor allem die staatliche Steuerung der  
117 gesamtwirtschaftlichen Nachfrage und die Subventionierung von sinnvollen  
118 Projekten. Momentan ist die Nachfrage in Deutschland stark unter ihrem

119 Potential, auch aufgrund der hohen Preissteigerungen der letzten Jahre. Hier  
120 kann langfristig nur ein groß angelegtes Konjunkturpaket die Nachfrage wieder  
121 effektiv ankurbeln.

122 Ebenfalls benötigt es für soziale Gerechtigkeit mehr Sozialausgaben. Diese  
123 Ausgaben sollten hier nicht als finanzielle Last angesehen werden, sondern als  
124 Chance für unsere Wirtschaft, die durch die zusätzliche Nachfrage wieder  
125 angekurbelt werden kann. Denn anders als beispielsweise eine Millionenerbin,  
126 spart der Bürgergeldempfänger nicht, sondern nutzt sein gesamtes Einkommen zum  
127 Konsum und steigert so die Nachfrage, was im Moment sehr gut für unsere  
128 Wirtschaft wäre.

129 Für Vollbeschäftigung müssen mehr Arbeitsplätze durch staatliche Maßnahmen  
130 geschaffen werden. Denn wer auf die Selbstheilungskräfte des Marktes wartet,  
131 wartet vergeblich. Arbeitslosigkeit ist ein Versagen der Finanzpolitik, keine  
132 individuelle Schuld von Arbeitssuchenden. Dies zeigt sich besonders in der  
133 aktuellen Wirtschaftslage, wo es deutlich mehr Arbeitslose als offene Stellen  
134 gibt.

135 In der aktuellen Wirtschaftslage ist es ohne staatliches Eingreifen unmöglich,  
136 dass alle jobsuchenden Personen einen Job finden können. Egal, wie sehr sie sich  
137 anstrengen.

138 Ohne die Abschaffung der Schuldenbremse ist das Erreichen aller dieser Ziele  
139 nicht möglich.

#### 140 8. Klimaschutz und ökologische Transformation

141 Die Einhaltung der Klimaziele erfordert massive Investitionen in grüne  
142 Technologien, erneuerbare Energien und nachhaltige Infrastruktur. Diese werden  
143 jedoch durch die Schuldenbremse auf ein Minimum reduziert.

144 Ohne deutlich höhere öffentliche Investitionen wird der ökologische Umbau der  
145 Wirtschaft verzögert, was langfristig nicht nur zu höheren Kosten, sondern auch  
146 zu schweren Klimafolgen für uns alle führt.

147 Hier muss die Finanzpolitik die Bekämpfung der Klimakrise unterstützen, nicht  
148 verhindern!

#### 149 9. Funktionierende Infrastruktur statt Investitionsstau

150 Die strikte Begrenzung der staatlichen Ausgaben durch die Schuldenbremse hat  
151 bereits zu einem massiven Investitionsstau bei der öffentlichen Infrastruktur,  
152 Bildung, Gesundheit und beim Klimaschutz geführt. Als die drittgrößte  
153 Volkswirtschaft der Welt investieren wir viel zu wenig in unsere Infrastruktur.  
154 Dafür ist die Schuldenbremse verantwortlich.

155 Ohne ausreichend staatliche Investitionen verfallen öffentliche Güter, was sich  
156 zunehmend spürbar für uns alle zeigt. Trotzdem lassen wir zu, dass die  
157 Schuldenbremse den dringend notwendigen Wandel zu einer klimaneutralen und  
158 sozial gerechten Gesellschaft blockiert.

159 10. Sparpolitik führt zur Erstarkung von Rechtsextremismus

160 Historisch hat sich immer wieder gezeigt, dass Sparpolitik zum Erstarken von  
161 rechtsextremen Kräften führt. Die Machtergreifung der Nationalsozialisten wäre  
162 1933 wahrscheinlich nicht so einfach möglich gewesen, wenn 1930 Reichskanzler  
163 Brüning durch seine Sparpolitik nicht massive soziale Verwerfungen und damit  
164 eine große Wirtschaftskrise ausgelöst hätte.  
165 Der gleiche Zusammenhang bestand nicht nur damals, sondern besteht auch heute  
166 immer noch.  
167 Nach der Finanzkrise 2007 konnte dies auch in Griechenland beobachtet werden.  
168 Aufgrund der aufgezwungenen Austeritätspolitik kam es dort zu einem starken  
169 Zulauf zu rechtsextremen Parteien. Und aktuell führt bei uns Sparpolitik zum  
170 Erstarken der rechtsextremen AfD.

171 Sparpolitik sorgt für gesellschaftliche Verwerfungen, die das Vertrauen der  
172 Bürger\*innen in staatliche Institutionen schwächen. Wenn Menschen das Gefühl  
173 haben, dass der Staat nicht in ihre Zukunft investiert und soziale  
174 Sicherungssysteme aushöhlt, wenden sich viele radikalen Kräften zu. Die  
175 Schuldenbremse verstärkt das Gefühl der Abgehängten und fördert damit auch  
176 Populismus.

## weitere Antragsteller\*innen

Karsten Ludwig (KV Krefeld); Nico Söhnel (KV Wolfenbüttel); Chima Onyegbari (KV Krefeld); Alexander Kredel (KV Krefeld); Roxanne Motté (KV Krefeld); Dietmar Meinel (KV Krefeld); Julia Paschek (KV Krefeld); Julia Müller (KV Krefeld); Anja Cäsar (KV Krefeld); Verena Willinek-Heyer (KV Krefeld); Harry von Barga (KV Krefeld); Benjamin Zander (KV Krefeld); Jessica Sharma (KV Hildesheim); Asaad Mahmoud (KV Hildesheim); Alisa Draken (KV Duisburg); Christian Böhning (KV Paderborn); Joshua Vossebrecker (KV Rheinisch-Bergischer Kreis); Malte Schäffer (KV Herford); Petra Solscheid (KV Paderborn); sowie 37 weitere Antragsteller\*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.